

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulrike Flach, Uwe Barth, Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/609 –**

### **Wissenschaftsjahr 2006 – Informatikjahr**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Am 17. Januar 2006 eröffnete Bundesministerin Annette Schavan in Berlin das Wissenschaftsjahr 2006 – Informatikjahr. Ziel der Wissenschaftsjahre ist es, Themenbereiche der Wissenschaft auf vielfältige Weise in die Öffentlichkeit zu tragen und ihre Bedeutung für unsere Gesellschaft deutlich zu machen. Dabei soll der Forschungs- und Anwendungsbereich in seiner gesamten Breite und Vielfalt dargestellt werden und nicht in verengter oder spezialisierter Form.

Im Jahr 2003 beschloss die Bundesregierung das Aktionsprogramm Informationsgesellschaft Deutschland 2006 (Drucksache 15/2315). Viele der Ziele dieses umfangreichen Programms sollten bis zum Jahr 2006 verwirklicht sein. Insofern eignet sich das Jahr der Informatik auch, um eine erste Bilanz der Ergebnisse des Aktionsprogramms Informationsgesellschaft Deutschland 2006 zu ziehen.

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Informatikern, die sich kritisch über eine falsche Darstellung der Informatik im Wissenschaftsjahr geäußert haben (vgl. z. B. den Chefredakteur der Computer Zeitung, Peter Welchering, in der Sendung „Computer & Kommunikation“ im Deutschlandradio am 21. Januar 2006)?

Die Computer Zeitung ist aktiver Medienpartner im Informatikjahr und berichtet regelmäßig über das breite Spektrum der Veranstaltungen im Informatikjahr. Herr Welchering, der seit mehreren Jahren nicht mehr Chefredakteur der Computerzeitung ist, äußert sich in dem zitierten Interview des Deutschlandfunks als freier Journalist und nicht als Redakteur der Computer Zeitung. Die von Herrn Welchering dargelegten Forderungen von „Kritikern des Informatikjahres“ sind voll erfüllt, denn es handelt sich um die zentralen Inhalte des Informatikjahres, die sowohl auf der Eröffnungsveranstaltung am 17. Februar 2006 in Berlin als auch in den zahlreichen Publikationen zum Informatikjahr vorgestellt wurden.

2. Sind der Bundesregierung kritische Stimmen von Informatikern zur Konzeption des Informatikjahres bekannt?

Vereinzelt wurden Bedenken hinsichtlich einer zu populärwissenschaftlichen Präsentation des Informatikjahres geäußert. Ziel der Wissenschaftsjahre ist es jedoch nicht, Spezialisten anzusprechen, sondern auf informative, spannende und verständliche Weise mit der breiten Öffentlichkeit Inhalte, Prozesse und Umsetzung von Wissenschaft zu diskutieren. Die Konzeption des Informatikjahres wurde in enger Kooperation mit den relevanten Fachorganisationen, insbesondere mit der Gesellschaft für Informatik, der Wissenschaft, der Wirtschaft und anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen entwickelt.

3. Wenn ja, welche Position bezieht die Bundesregierung zu dieser Kritik?

Siehe Antwort zu Frage 2.

4. Sind nach der Eröffnung des Wissenschaftsjahres 2006, am 17. Januar 2006, durch Forschungsministerin Annette Schavan kontroverse Auffassungen von Informatikern zu den Schwerpunktsetzungen des Wissenschaftsjahres bekannt geworden?

Die bisherigen Reaktionen sind positiv und die Anzahl der teilnehmenden Organisationen, Verbände und Unternehmen hat sich seit der Eröffnungsveranstaltung noch einmal deutlich erhöht. Damit erweitert sich das vom Informatikjahr abgedeckte Themenspektrum kontinuierlich. Bisher beteiligen sich weit über 100 Partner am Informatikjahr.

5. Wenn ja, welche Schlussfolgerungen hat die Bundesministerin aus diesen Hinweisen für die weitere Gestaltung des Wissenschaftsjahres 2006 gezogen?

Siehe Antwort zu Frage 4.

6. Inwieweit wird das Informatikjahr besonders die ingenieurwissenschaftliche Bedeutung der Informatik herausstellen, also beispielsweise den Einsatz im Maschinenbau, im Hoch- und Tiefbau oder in der Automobilindustrie?

Die ingenieurwissenschaftliche Bedeutung der Informatik wird im Informatikjahr aufgegriffen. Beispielsweise wurde dieses für die deutsche Wirtschaft wichtige Thema bereits in den ersten Publikationen, z. B. VDI-Nachrichten 1/2006, einem breiten Publikum präsentiert. Auf der CeBIT 2006 werden im Rahmen des Informatikjahres auf dem Stand „Mensch-Technik-Interaktion“ aktuelle Entwicklungen aus Deutschland, z. B. aus dem Bereich der Automobilindustrie und der Servicerobotik, präsentiert.

Das Thema Informatik und Ingenieurwissenschaften wird unter anderem in dezentralen Veranstaltungen der Gesellschaft für Informatik und der Fraunhofer Gesellschaft mit im Vordergrund stehen.

Vorbemerkung zu Frage Nr. 7:

Der im Kabinettsbeschluss zum Aktionsprogramm „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“ vorgesehene Schlussbericht (Evaluierung) zum Ende der 15. Legislaturperiode ist wegen der vorgezogenen Bundestagswahl und der Bildung der neuen Bundesregierung entfallen. Die Bundesregierung hat auf Fach-ebene mit den Beratungen über ein neues Programm zur IKT-Politik begonnen. In diesem Zusammenhang wird sich die Bundesregierung sowohl mit den Ergebnissen des Aktionsprogramms „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“ im Sinne einer Bestandsaufnahme als auch den Inhalten und Anforderungen des EU-Programms i2010 auseinander setzen.

7. Fühlt sich die neue Bundesregierung an die Zielvorgaben des Aktionsprogramms „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“ der damaligen Bundesregierung gebunden?

Die Bundesregierung berücksichtigt bei der Gestaltung der IKT-Politik auch die Zielvorgaben des Aktionsprogramms „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“.

8. Ist das Ziel, eine Steigerung der Internetnutzung auf 75 Prozent der Bevölkerung bei weiterer Steigerung des Anteils von Frauen bis 2005, erreicht worden?

Nach einer Untersuchung von TNS Infratest ((N)onliner Atlas 2005) lag der Anteil der Bevölkerung über 14 Jahren, die das Internet nutzen, im Jahr 2005 bei über 55 Prozent. Der Anteil von Frauen, die das Internet nutzen, lag nach dieser Untersuchung im Jahr 2005 bei rund 50 Prozent. Der entsprechende Anteil der Jugendlichen im Alter von 14 bis 19 Jahren belief sich auf rund 85 Prozent. Eine Aufschlüsselung nach Schülerinnen und Schülern wurde in dieser Studie nicht vorgenommen. Die Datenerhebung zu dieser Studie endete am 21. Mai 2005. Die Studie „Jugend, Information, (Multi-) Media (JIM-Studie 2005) des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest gelangt zu ähnlichen Ergebnissen. Danach sind 86 Prozent der 12- bis 19-Jährigen mit dem Onlinemedium vertraut. Zwischen Jungen (87 Prozent) und Mädchen (86 Prozent) besteht kaum noch ein Unterschied. Die Zahlen zum Anteil der Bevölkerung, die in Zukunft die Nutzung des Internets planen, deuten auf eine weitere Steigerung der Internetnutzung in der Bevölkerung hin.

9. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie hoch der Anteil der Internetnutzung von Schülerinnen und jungen Frauen ist?

Siehe Antwort zu Frage 8.

10. Ist das Ziel, ca. 7 Mio. Breitbandanschlüsse in Deutschland bis 2004 zu realisieren, erreicht worden?

Ja. Ende 2004 waren 6,9 Millionen Anschlüsse geschaltet. Ende 2005 waren es 10,7 Millionen, davon entfielen 10,4 Millionen auf DSL, 240 000 auf Kabelmodem, 9 600 auf Powerline und 57 000 auf Satellit.

11. Hält die Bundesregierung das Ziel, mehr als 50 Prozent aller Haushalte bis 2010 mit Breitbandanschlüssen zu versorgen, für realistisch?

Ja. Die Bundesregierung geht davon aus, dass durch den zunehmenden Wettbewerb im DSL-Markt, den verstärkten Ausbau der Kabelnetze und den Einsatz von Funktechnologien auf der Anbieterseite sowie durch die Einführung und verstärkte Nutzung von Diensten wie VoIP und IP-TV bereits vor 2010 mehr als 50 Prozent aller Haushalte über einen Breitbandanschluss verfügen werden. Schon heute ist eine hohe DSL-Verfügbarkeit (ca. 90 Prozent der Haushalte) gegeben. Die Bundesregierung strebt ein möglichst flächendeckendes Angebot von Breitbandzugängen an und hält es für realistisch, dass bis 2008 für 98 Prozent aller Haushalte ein breitbandiger Internetzugang über Festnetze, Kabelnetze oder terrestrische Funktechnologien verfügbar ist.

12. Ist das Ziel, bis Ende 2005 einen Ausbau der UMTS-Netzversorgung von 50 Prozent der Bevölkerung zu erreichen, erreicht worden?

Nach Aussage der Netzbetreiber wurde ein Ausbau der UMTS-Netzversorgung von 50 Prozent der Bevölkerung erreicht. Die Bundesnetzagentur ist derzeit dabei, diese Aussagen durch eigene Messungen zu verifizieren. Frühere Vorgaben wurden von den Mobilfunknetzbetreibern regelmäßig übererfüllt.

13. Hält die Bundesregierung das Ziel, eine umfassende e-Business-Nutzung durch 40 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen bis 2008 zu erreichen, noch für realistisch?

Nach den verfügbaren Informationen hat auch bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) die Anwendung qualitativ hochwertiger e-Business-Formen in den letzten Jahren weiter zugenommen. Dies schlägt sich auch in zunehmenden Investitionsausgaben des Mittelstands für e-Business nieder (Bericht IBM/impulse 2005). Genauere Angaben zur Rund-um-Nutzung von e-Business-Formen durch KMU liegen der Bundesregierung aktuell nicht vor.

14. Wie hoch ist die Zahl der Breitbandanschlüsse in Schulen und Berufsschulen (prozentual und in absoluten Zahlen)?

In der Kürze der Zeit konnten belastbare Zahlen nicht ermittelt werden.

15. Ist das Ziel, bis Ende 2005 50 Prozent der Deutschland-Online-Vorhaben von Bund, Ländern und Kommunen umzusetzen, erreicht worden?

Deutschland-Online ist die gemeinsame E-Government-Strategie von Bund, Ländern und Kommunen. Das im Aktionsprogramm „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“ genannte Ziel der Bundesregierung wurde in die Diskussion mit Ländern und Kommunen eingebracht, jedoch nicht übernommen. Die Zielplanung für Deutschland-Online ergibt sich aus dem Beschluss der Konferenz der Regierungschefs vom 17. Juni 2004.

16. Ist das Ziel, bis 2005 alle 440 internetfähigen Dienstleistungen des Bundes als Online-Angebote im Rahmen des Programmes BundOnline anzubieten, erreicht worden?

Ja.

17. Ist das Ziel, die e-Vergabe des Bundes bis 2005 ausschließlich über ein rechtskonformes und sicheres elektronisches Vergabesystem vorzunehmen, erreicht worden?

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat den Ressorts eine technisch voll ausgereifte und erprobte Plattform zur rechtskonformen und sicheren Abwicklung elektronischer Vergabeverfahren bereitgestellt. Bislang nutzen noch nicht alle Ressorts diese Plattform im Produktivbetrieb. Folglich werden auch noch nicht alle Vergabeverfahren komplett elektronisch abgewickelt.

Grund hierfür ist, dass bis zum 31. Januar 2006 noch kein entsprechender Rechtsrahmen (bei EU-weiten Vergabeverfahren) bestand. Zudem müssen sich die Bundesbehörden zur Nutzung der e-Vergabe mitunter neu organisieren (Einrichtung sog. „Rechte- und Rollenkonzepte“, Zentralisierung und Standardisierung von unterschiedlichen Arbeitsabläufen). Angesichts des zum Teil ganz erheblichen Aufwands, der mit der Einführung elektronischer Medien einhergeht (nicht zuletzt in großen Verwaltungen wie etwa der Bundeswehr oder der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung etc.), verzögert sich die produktive Nutzung der Plattform daher. Schließlich steht einem umfassenden Schwenk auf elektronische Medien bisher entgegen, dass die Wirtschaft das neue Medium nur zögernd annimmt und noch nicht vollständig für einen Wechsel bereit ist. Das traditionelle Papierverfahren wird noch bevorzugt. BMI und BMWi haben daher einen „runden Tisch“ mit der Wirtschaft initiiert, um den Wechsel im Dialog zu beschleunigen.

Insgesamt ist die geringe Nutzung elektronischer Vergabemedien ein Phänomen, das sich auch bei deren Einführung in Ländern und Kommunen zeigt. Die Nutzerzahlen sind praktisch überall noch vergleichbar gering.

18. Sind für alle Bundesbehörden virtuelle Poststellen eingerichtet worden?

Bei der „Virtuellen Poststelle des Bundes“ (Basiskomponente „Datensicherheit“ der Initiative BundOnline 2005) handelt es sich um eine Software-Komponente, welche die für die Absicherung der elektronischen Kommunikation notwendigen Funktionalitäten (Verschlüsselung, Signatur, Authentisierung) serverbasiert zur Verfügung stellt. Die Nutzung dieser Software steht in engem Zusammenhang mit den von den jeweiligen Behörden angebotenen Online-Dienstleistungen. Ihre Einführung muss daher mit den Projektplänen für diese Dienstleistungen harmonisiert werden. Daher ist eine flächendeckende Einführung bislang nicht vollständig erfolgt. Der Kabinettsbeschluss „Langfristige Sicherung der im Rahmen der eGovernment Initiative BundOnline 2005 getätigten Investitionen“ vom 9. März 2005 verpflichtet die Bundesbehörden bis Ende 2007 „die durch die Virtuelle Poststelle des Bundes bereitgestellten Funktionalitäten“ anzubieten.

19. Welchen Zeitplan hat die Bundesregierung für die Einführung der im Rahmen des Aktionsprogramms Informationsgesellschaft Deutschland 2006 ursprünglich für Ende 2005 geplante Einführung der Gesundheitskarte?

Hierzu wird auf die Antwort (Bundestagsdrucksache 16/541) zur Kleinen Anfrage Bundestagsdrucksache 16/404 Nr. 4 verwiesen.

20. Wie weit ist das mit der Gesundheitskarte im Zusammenhang stehende Projekt der Ausgabe von 300 000 Heilberufsausweisen?

Nach § 291a Abs. 5a SGB V bestimmen die Länder entsprechend dem Stand des Aufbaus der Telematikinfrastruktur (siehe dazu Antwort auf die Frage 19) die Stellen, die für die Ausgabe der elektronischen Heilberufsausweise zuständig sind. Die Mehrheit der Länder hat inzwischen in ihren Kammer- und Heilberufsgesetzen Regelungen geschaffen, wonach dies für die verkammerten Berufe die entsprechenden Kammern sind. Für diese Berufe haben Länder und Kammern inzwischen Herausgabemodelle entwickelt, nach denen die Ausgabe der Heilberufsausweise erfolgen soll. Für sonstige Leistungserbringer haben sich die Länder auf Verfahren für die Testphase geeinigt. Erste elektronische Heilberufsausweise wurden im November 2005 vorgestellt.

21. Ist das Ziel, ab 2006 elektronische Rezepte im Rahmen des eHealth-Programms auszugeben, erreicht worden?

Zum Zeitplan der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte siehe Antwort zu Frage 19. Das elektronische Rezept ist eine der ersten Anwendungen, die mit der elektronischen Gesundheitskarte realisiert werden.

22. Wie beurteilt die Bundesregierung die Erreichung der Ziele des Aktionsprogramms im Bereich der IT-Sicherheit?

Die wesentlichen Ziele des Aktionsprogramms im Bereich IT-Sicherheit wurden erreicht. So wurde u. a. der personelle und sachliche Ausbau des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) fortgesetzt. Im Bereich Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen wurden Gespräche mit privaten Betreibern der kritischen Infrastrukturen fortgesetzt und vertieft. Die nationale und internationale Vernetzung des Computer Emergency Response Teams (CERT)-Bund beim BSI wurde erweitert. Das Bundesministerium des Innern und das ehemalige Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit initiierten erfolgreich und gemeinschaftlich mit dem Industrieverband BITKOM einen CERT Dienst für den Mittelstand (MCert). Eine auf die speziellen Angebote des Mittelstandes ausgerichtete Version des Grundschutzhandbuchs des BSI (Grundschutz kompakt) wurde erstellt und veröffentlicht. Die Informationsangebote des BSI für Wirtschaft und Bürger wurden ausgebaut. Die internationale Zusammenarbeit im Bereich IT-Sicherheit wurde ausgebaut. Schließlich wurde im Juli 2005 mit dem „Nationalen Plan zum Schutz der Informationsinfrastrukturen“ eine Dachstrategie der Bundesregierung für den Bereich der IT-Sicherheit verabschiedet, der in der neuen Legislaturperiode durch konkrete Umsetzungspläne zunächst für die Bundesverwaltung und die Kritischen Infrastrukturen das IT-Sicherheitsniveau in Deutschland weiter heben soll.

23. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, dass eine Spaltung der Bevölkerung in „onliner“ und „offliner“, also in Menschen mit und ohne Zugang zu Internet und Telekommunikationsdiensten gibt?

Wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

Zu den Zahlen der Internetnutzung wird auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen. Die Bundesregierung strebt an, den Anteil der Internetnutzerinnen und -nutzer an der Bevölkerung weiter zu steigern.

Hierzu wird die Bundesregierung auch im Jahr 2006 den Wettbewerb „Wege ins Netz“ durchführen. Der Wettbewerb zeichnet vorbildliche Beispiele und Initiativen aus, die zu einer Erhöhung der Internetnutzung in der Bevölkerung beitragen.

Weitere Beispiele sind:

Mit dem Projekt „Treffpunkt Internet – Media Bus“ werden Interessierte vor Ort im Umgang mit dem Internet beraten. Der Media Bus soll vorwiegend in den neuen Bundesländern eingesetzt werden.

Mit dem „Forum Digitale Integration“ soll ein Gesprächskreis etabliert werden, der Experten und Akteure aus der Politik, der Wirtschaft und aus den gesellschaftlichen Gruppen in einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch bringt und gleichzeitig die Vernetzung untereinander fördert.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie beteiligt sich wie in den Vorjahren an dem (N)onliner-Atlas. Der (N)onliner-Atlas gibt einen Überblick über die Nutzung und Nichtnutzung des Internets, aufgeschlüsselt nach Regionen und Bevölkerungsgruppen. Aus diesen Informationen können weitere spezifische Maßnahmen zur Steigerung des Anteils von bislang unterrepräsentieren Bevölkerungsgruppen abgeleitet werden.

Mit der Bundesinitiative „Jugend ans Netz“ verfolgt die Bundesregierung das Ziel, bundesweit junge Menschen unabhängig von ihren sozialen oder Bildungshintergründen im außerschulischen Bereich zum aktiven Mitgestalten, vernetzten Denken und Kommunizieren über das Medium Internet anzuregen. Mit der Ausstattungsoffensive hat die Bundesinitiative allen Jugendeinrichtungen die Möglichkeit eröffnet, über eine für die Arbeit mit PC und Internet geeignete technische Ausstattung verfügen zu können, ohne hierfür auf gesonderte Fördermittel für technische Investitionen angewiesen zu sein.

Die zweite Säule der Bundesinitiative, das Jugendportal [www.netzcheckers.de](http://www.netzcheckers.de), bietet einen niederschweligen Zugang für alle jungen Menschen, jedoch mit einem Schwerpunkt für Jugendliche mit einfachem Bildungsabschluss in den Bereichen Online-Information, -Beratung, -Lernen und Mitwirkung an der Gestaltung des Portals. Besonders für so genannte „under served“ Jugendliche wurden und werden gemeinsam mit den Jugendbetreuerinnen und den Jugendbetreuern in Jugendeinrichtungen der Zielgruppe adäquate Anwendungen umgesetzt und auf dem Jugendportal und im lokalen Rahmen sichtbar gemacht.

Über 15 000 Nutzerinnen und Nutzern haben sich seit dem Start im November 2004 bis Januar 2006 auf dem Jugendportal angemeldet und nutzen die zahlreichen Funktionalitäten.

Das Jugendportal der Bundesinitiative „Jugend ans Netz“ als nationales Internetportal, steht in Verbindung mit zahlreichen regionalen und lokalen Portalen in Deutschland und mit dem Europäischen Jugendportal der EU-Kommission (<http://europa.eu.int/youth>) und ist in deren Strategien zur Entwicklung der Informationsgesellschaft/IuK-Technologien (und des lebenslangen Lernens) im Jugendbereich eng eingebunden.

Für Menschen mit Behinderungen stellt sich zunächst das Problem, die für sie geeigneten Techniken und Technologien zu finden, die ihnen den Zugang zu Computer und Internet ermöglichen und den Umgang damit zu erlernen. Projekte, wie das durch die Bundesregierung geförderte Projekt Bundesweites Kompetenz- und Referenzzentrum „barrierefrei kommunizieren!“, in dem sich Menschen mit Behinderungen über diese Techniken informieren, diese ausprobieren und den Umgang damit erlernen können, tragen dazu bei, dass die modernen Informationstechnologien auch von Menschen genutzt werden können, die sonst keinen Zugang zur Informatik hätten.

Das bundesweite Kompetenz- und Referenzzentrum „barrierefrei kommunizieren!“ ist Partner im Informatikjahr.

Die Nutzerzahlen des Internet weisen nach wie vor eine im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen geringere Nutzung durch ältere Menschen aus. Ins-

besondere gilt dies für die Gruppe der über 70-Jährigen und für ältere Frauen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat durch Einzelmaßnahmen und insbesondere durch das Projekt „Onlinekompetenz für die Generation 50plus“ dazu beigetragen, erhöhte Nutzungszahlen zu erreichen. Insbesondere die Nutzerzahlen bei den sog. „Jungen Alten“ haben sich stark erhöht. Seniorinnen und Senioren haben die höchsten Steigerungsraten bei der Internetnutzung aufzuweisen. Von steigender Bedeutung sind dabei auch selbst organisierte Projekte und Angebote wie Computerclubs und Internetcafés, die älteren Menschen auch über den Schulungszeitpunkt hinaus Hilfestellung und eine soziale Anbindung bieten.

24. Welche Schlussfolgerungen im Hinblick auf die dort festgestellten sozialen – und Genderunterschiede zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der neuen internationalen Vergleichsstudie der OECD („Are students ready for a technology-rich world?“) insbesondere für ihr Ziel, im Rahmen des Informatikjahrs 2006 umfassend Neugier und Interesse für die digitale Entwicklung in unserer Gesellschaft zu wecken?

Die Bundesregierung sieht auf Basis der Ergebnisse der OECD-Studie auch weiterhin Handlungsbedarf. Hierbei sind Wissenschaft und Bildungseinrichtungen, Initiativen und Wirtschaftsunternehmen ebenso angesprochen wie Akteure auf den jeweils zuständigen politischen Entscheidungsebenen. Das Informatikjahr gibt hierzu zusätzliche Impulse.

25. Wie gedenkt die Bundesregierung, die Frage der Regulierung im Telekommunikationsgesetz im Hinblick auf die Einführung des Glasfasernetzes zu regeln?

Unabhängig von der vorgesehenen gesetzlichen Regelung – siehe Antwort zu Frage 27 – ist die regulatorische Behandlung von Glasfasernetzen im entsprechenden Marktanalyse- und Marktdefinitionsverfahren bereits von der hierfür zuständigen Bundesnetzagentur in Abstimmung mit der Europäischen Kommission grundsätzlich geklärt worden. Glasfasernetze unterfallen grundsätzlich nicht der Regulierung, wenn hierüber neue, innovative und hochpreisige Produkte angeboten werden und dies über herkömmliche Zugänge nicht möglich ist. Nach dem von Bundesnetzagentur und EU-Kommission zwischenzeitlich erzielten Kompromiss hängt die endgültige Entscheidung über Regulierung oder Nichtregulierung nun von den konkreten Endkundenprodukten des marktbeherrschenden Unternehmens ab, die derzeit allerdings noch nicht absehbar sind.

26. Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Telekom bezüglich dieses neuen Marktes aus der Regulierung zu entlassen?

Eine unbedingte, vollständige Entlassung neuer Märkte aus der Regulierung ist mit den wettbewerbs- und europarechtlichen Rahmenbedingungen nicht vereinbar.

Im Rahmen der Erarbeitung genereller gesetzlicher Rahmenbedingungen zur regulatorischen Behandlung neuer Märkte hält sich die Bundesregierung bei der Frage, ob und ggf. in welchem Umfang neue Märkte zu regulieren sind, deshalb eng an die wettbewerbs- und europarechtlichen Vorgaben. Danach kommen neue und sich abzeichnende Märkte, auf denen Marktmacht aufgrund von „Vorreiterrollen“ besteht, grundsätzlich für eine Vorabregulierung nicht in Betracht. Eine verfrühte sektorspezifische Regulierung könnte die Wettbe-



werbsbedingungen auf einem neu entstehenden Markt unverhältnismäßig beeinflussen und damit Investitionen und Innovationen verhindern. Dementsprechend sieht der am 31. Januar 2006 veröffentlichte Entwurf zur TKG-Änderung vor, dass eine Regulierung neuer Märkte nur ausnahmsweise dann in Betracht kommt, wenn die Gefahr besteht, dass ohne behördliche Vorgaben die Entwicklung eines nachhaltig wettbewerbsorientierten Marktes behindert wird. Ziel der neuen Vorschrift ist es, den Beurteilungs- und Ermessensspielraum für die von der Bundesnetzagentur zu treffenden Entscheidungen über das Ob und ggf. die Intensität der Regulierung zu strukturieren.

Der Gesetzentwurf bildet eine ausgewogene Grundlage, der das berechnigte Anliegen eines temporären Verzichts auf die Regulierung neuer Märkte berücksichtigt, ohne dabei wettbewerbliche Verwerfungen in Kauf zu nehmen.

27. Wird die Bundesregierung im Telekommunikationsgesetz eine Definition festschreiben, was als „neuer Markt“ zu betrachten ist?

Die in dem veröffentlichten Gesetzentwurf enthaltene Vorschrift über die Regulierung neuer Märkte enthält keine Definition des Begriffs „neuer Markt“.

Die im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Marktabgrenzung von der Bundesnetzagentur zu treffende Entscheidung, ob es sich um einen neuen Markt handelt, erfolgt nach den im Wettbewerbsrecht und den europäischen Rahmenbedingungen üblichen, durch die Rechtsprechung anerkannten und entwickelten Kriterien für die Definition des relevanten Marktes. Die Definition des sachlich relevanten Marktes hat dabei technikneutral unabhängig von bestimmten Netzen oder Netzstrukturen zu erfolgen. Eine gesetzliche Regelung kann lediglich Kriterien für die von der Bundesnetzagentur zu treffenden Entscheidungen vorgeben.

28. Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass die Regelungen im Telekommunikationsgesetz mit EU-Regeln zum Telekommunikationsmarkt kompatibel sind?

Die in dem veröffentlichten Gesetzentwurf enthaltene Vorschrift über die Regulierung neuer Märkte orientiert sich, wie in der Gesetzesgründung und in den Antworten zu den Nummern 26 und 27 im Einzelnen ausgeführt ist, eng an europarechtlichen Vorgaben. Nach Einschätzung der Bundesregierung ist die in dem veröffentlichten Gesetzentwurf enthaltene Regelung europarechtskonform.

29. Welchen Mittelansatz plant die Bundesregierung für die Informationstechnologie im Haushalt 2006?

Im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung wird das Bundeskabinett darüber voraussichtlich am 22. Februar 2006 beschließen.

30. Steht die Bundesregierung zu dem im Aktionsprogramm formulierten Ziel, die Systemführerschaft bei mobilen Informations- und Kommunikationstechnologien zu halten und auszubauen?

Die Bundesregierung verfolgt dieses Ziel weiter und wird die dynamischen Entwicklungsprozesse in diesen Sektoren durch eine Modernisierung der rechtlichen und technologischen Rahmenbedingungen und eine gezielte Förderung von Forschung und marktnahen Entwicklungen unterstützen.

Mit der Tagung „mobiles Internet“ (2004) und dem Förderschwerpunkt „Internetökonomie“ trägt beispielsweise das Bundesministerium für Bildung und Forschung zur entsprechenden Schwerpunktbildung in Wissenschaft und Technologie bei.

31. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der deutschen IuK-Technologie im Vergleich mit wichtigen europäischen und internationalen Wettbewerbern?

Die Informations- und Kommunikationstechnologien sind weltweit der führende Innovationssektor. So entfallen ein Viertel der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft und ein Fünftel aller Patentanmeldungen bereits heute auf diesen Sektor – mit steigender Tendenz. Für 2006 wird mit einem Umsatz von 137 Mrd. Euro gerechnet. Mehr als die Hälfte der Industrieproduktion und mehr als 80 Prozent der deutschen Exporte hängen von der Informations- und Kommunikationstechnologie ab. Beispielsweise basieren in der Automobilindustrie schon heute 80 Prozent der Innovationen auf Software, in der Mobilfunkindustrie sind es 70 Prozent.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass hier auch im Vergleich mit wichtigen europäischen und internationalen Wettbewerbern ein großes Potenzial für Wachstum und Beschäftigung sowie Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland besteht.



